

Einführung: Politikoptionen integrieren zur Dynamisierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung

von

J. Brian Atwood

Vorsitzender des Entwicklungsausschusses

Der amerikanische Naturforscher des späten 19., frühen 20. Jahrhunderts John Muir prägte den Satz: „Alles ist mit allem verbunden“. Doch was für die natürliche Welt sicherlich zutrifft, ist in der politischen Welt leider nicht der Fall, wo sich zahlreiche divergierende Ansichten, Ziele und Absichten gegenüberstehen – ganz besonders, wenn es um Umweltfragen geht. Wenn wir das gemeinsame Ziel der „nachhaltigen Entwicklung“ erreichen wollen, ist mehr Kohärenz unverzichtbar. Der diesjährige *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit* bringt die Ideen und Vorstellungen von Regierungsverantwortlichen, Denkern und Pionieren aus verschiedensten Politikbereichen und Disziplinen zusammen, die einen Beitrag dazu leisten, auch in dieser Sphäre alles mit allem zu verbinden.

Das nötige politische Interesse und den notwendigen politischen Willen für umfassende Aktionen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung insgesamt zu wecken, ist kein leichtes Unterfangen, wie sich 2012 einmal mehr auf der Konferenz Rio+20 gezeigt hat. Die nachhaltige Entwicklung hat zahlreiche Aspekte, und alle Disziplinen, die sich mit dieser Frage befassen, tendieren dazu, weniger das Ganze als vielmehr seine einzelnen Bestandteile zu betrachten. Zwar sind inzwischen schon Zeichen einer stärkeren Integration zu erkennen, doch erschweren disziplinäre Scheuklappen noch immer die Kommunikation und den Austausch von Konzepten. Bedenkt man, dass zu diesen Hindernissen noch kulturelle Unterschiede sowie politische und ideologische Gräben zwischen verschiedenen Gruppen von Ländern hinzukommen können, beginnt einem das Ausmaß der Herausforderung bewusst zu werden, vor der wir hier stehen.

Umfang und Reichweite der für die Zukunft zu erwartenden Zerstörung natürlicher Ressourcen und daraus resultierenden zunehmenden Knappheit – im Vergleich zur wachsenden Nachfrage nach diesen Ressourcen – werden zu einer Bedrohung für Entwicklung und Sicherheit werden. Hier stehen Naturwissenschaften und Umwelt unseren Entwicklungsmodellen gegenüber. Für uns stellt sich dabei die Frage, ob es uns gelingen

wird zusammenzuarbeiten oder ob wir weiter jeder für sich, losgelöst voneinander agieren werden. Auch wenn in jüngster Zeit einige positive Entwicklungen zu beobachten waren, war es traditionell nicht so, dass in den verschiedenen Disziplinen dieselbe „Sprache“ gesprochen wurde. Ich konnte das vor einigen Jahren selbst erleben, als ich als Dekan der Humphrey School der University of Minnesota eine Konferenz über Klimawandel und Entwicklung veranstaltete. Keynote-Sprecher waren R.K. Pachauri, der als Vertreter des 2007 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichneten Intergovernmental Panel on Climate Change auftrat (und der im Übrigen am letztjährigen Entwicklungsbericht der OECD mitgewirkt hat), sowie der ehemalige Leiter des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, Gus Speth. Sie trafen mit Entwicklungsexperten und Wissenschaftlern zu einem neuartigen, Denkanstöße liefernden Dialog zusammen, bei dem versucht werden sollte, Fragen des Klimaschutzes aus dem Blickwinkel der Entwicklung zu betrachten und umgekehrt.

Wir brachten damals einen Bericht¹ heraus, der wegen der Einzigartigkeit dieses Versuchs, eine Brücke zwischen den Disziplinen zu schlagen, großen Anklang fand. Mehrere Jahre später bemühten wir uns weiter, eine solche Brücke zu schlagen, nachdem die OECD einen Bericht mit dem Titel *Towards Green Growth* veröffentlicht hatte. Dieser Bericht befasste sich vor allem mit der Situation der Industrieländer und der aufstrebenden Volkswirtschaften und erwies sich in diesem Kontext als sehr hilfreich. Er berücksichtigte jedoch nicht hinreichend die Perspektive der Entwicklungsländer, die ihrem Wachstumsbedarf zumeist größere Bedeutung beimessen als der Sorge über Energieverbrauch und Klimawandel. Um diese Lücke zu schließen, arbeitet die OECD derzeit an einem neuen Bericht, der der spezifischen Situation der Partnerländer Rechnung trägt, und sie hat dazu einen Konsultationsprozess über die Entwurfsfassung dieses Berichts lanciert, der sicherstellen soll, dass die Sichtweisen und Realitäten dieser Länder in die Analysen und Politikempfehlungen zum umweltverträglichen Wachstum einbezogen werden.

Der diesjährige *Bericht über die Entwicklungszusammenarbeit* wirft einen Blick auf praxistaugliche Methoden und Möglichkeiten, die von DAC-Mitgliedern und ihren Partnern gefunden wurden, um diesen Fragen zu begegnen. Er enthält Artikel verschiedener Autoren aus den Bereichen Umwelt, Wissenschaft, Wirtschaft und internationale Finanzen sowie aus verschiedenen Entwicklungssektoren, die sich für die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit, für eine größere Inklusion sowie für die Förderung umweltverträglichen Wachstums engagieren. Aus ihren Erfahrungen lassen sich viele wertvolle Erkenntnisse ziehen.

Die Autoren untersuchen, wie die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA) eingesetzt werden kann, um Umweltzerstörung, Ressourcenknappheit und Treibhausgasemissionen entgegenzuwirken und armen Bevölkerungsgruppen dabei zu helfen, sich an den Klimawandel anzupassen und ihm gegenüber widerstandsfähiger zu werden. Sie befassen sich zudem mit einschlägigen Fragen der Finanzierung – insbesondere der Notwendigkeit, nicht nur die derzeitig verfügbaren ODA-Mittel zu nutzen, um Partnerschaften zu schaffen und andere Finanzierungsquellen zu mobilisieren, sondern auch unsere Anstrengungen zur Erfüllung unserer langjährigen ODA-Zusagen fortzusetzen, deren Bedeutung auf der Konferenz Rio+20 erneut betont wurde. Die Polemik um die Frage, wie wir die notwendigen Mittel zur Umsetzung der von uns angestrebten Lösungen finden sollen, wirkt als zusätzlicher Hemmschuh für politisches Handeln.

Die Nachfrage einer wachsenden Bevölkerung nach Energie, Nahrungsmitteln und Wasser sowie die Notwendigkeit des Erhalts dieser lebensspendenden (und wachstumsfördernden) Ressourcen werden zweifellos zu einer Zunahme der Spannungen zwischen reichen und armen Ländern, aber auch unter den armen Ländern selbst führen. Umwelt- ebenso wie Entwicklungsexperten sehen im nichtnachhaltigen Wachstum eine der Ursachen dieses

Problems. Die Entwicklungsländer werden Wachstum jedoch stets – verständlicherweise – für vorrangig halten. Sie verweisen darauf, dass die Industrieländer die Ressourcen ausbeuten und ihre Entwicklungsstrategien verfolgen konnten, ohne sich um Fragen der Knappheit und Nachhaltigkeit zu kümmern, und dass es ihnen so gelungen ist, den notwendigen Wohlstand zur Deckung der Bedürfnisse einer breiten Mittelschicht zu schaffen. Warum sollte es den Entwicklungsländern nicht ebenfalls gestattet sein, ihre natürlichen Ressourcen zu nutzen, um die Expansion ihrer Wirtschaft voranzutreiben? Wie können wir unter diesen Umständen die Debatte wieder auf die globalen Gemeinschaftsgüter und sonstigen kollektiven Ressourcen lenken, die gemeinsames – wenn auch differenziertes – Handeln erforderlich machen?

Eine Antwort auf diese Frage sind neue Methoden zur Definition und Messung des Wachstums – die Regierungsverantwortlichen auf nationaler Ebene müssen über das BIP als einzigen Fortschrittsindikator hinausblicken – sowie eine Einigung auf neue Ansätze zur Bewertung knapper Ressourcen. Darüber hinaus gilt es, Politikmaßnahmen anzupassen und zu stärken und entsprechende Marktmechanismen zu schaffen, um für die richtigen Anreize für nachhaltiges Verhalten auf allen Ebenen zu sorgen. Um das Vertrauen zwischen den Ländern zu festigen und aufeinander einzuwirken, muss auf oberster Ebene, wie vom VN-Generalsekretär vorgeschlagen, ein transparenter und strategischer Prozess zur Festlegung von Zielen für die nachhaltige Entwicklung gefördert werden. Wo zwischenstaatliche Prozesse ins Stocken kommen, müssen freiwillige Koalitionen und Partnerschaften den Stab übernehmen, wobei Peer Pressure und Rechenschaftsmechanismen für den nötigen Antrieb sorgen können.

Das Titelbild dieses Berichts soll das widerspiegeln: Mehrere Teile des Puzzles wurden bereits zusammengefügt, doch der Kreis ist noch nicht geschlossen. Welches ist das fehlende Teil? Wie können wir die Verbindung herstellen, die dafür sorgen wird, dass sich die verschiedenen Teile zu einem gemeinsamen Konzept der „nachhaltigen Entwicklung“ zusammenfügen? Wir brauchen globale Führungsinitiative, um politischen Willen zum Schutz und zur Verwaltung der globalen Gemeinschaftsgüter zu mobilisieren und zugleich dem unverzichtbaren Beitrag Rechnung zu tragen, den inklusives und nachhaltiges Wachstum sowie Armutsbekämpfung zur Lösung dieser Gleichung leisten können. Wir brauchen Regierungschefs und Minister aus allen Ressorts, die sich für langfristige nationale Umweltstrategien einsetzen und weltweit aufeinander und auf ihre Nachbarländer einwirken, dies ebenfalls zu tun. Dieser Bericht liefert mehrere Beispiele für solche Führungsinitiative.

Für die Menschen in Niedrigeinkommensländern ist es zumeist das Wichtigste, sich und ihre Familien ernähren zu können und ein sicheres Dach über dem Kopf zu haben. Sofern es sich nicht um Insel- oder Küstenstaaten handelt, wird ihre Regierung vermutlich die Ansicht vertreten, dass Wachstum wichtiger ist als die Verringerung der Treibhausgasemissionen oder der Schutz der Umwelt. Und doch drohen echte Gefahren, wenn die Konsequenzen einer solchen Denkweise übersehen werden, wie sich an folgenden Entwicklungen zeigt:

- Die Nachfrage nach **natürlichen Ressourcen** hat sich seit 1966 verdoppelt, und unser Ressourcenverbrauch ist derzeit anderthalbmal so hoch, wie dies bei einer nachhaltigen Ressourcennutzung eigentlich erforderlich wäre.
- In den zwanzig Jahren seit der ersten Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro ist die **Waldbedeckung der Erde** um 3 Mio. km² geschrumpft – was in etwa der gesamten Ausdehnung Indiens entspricht. Alles zusammengerechnet wurde ungefähr ein Drittel der gesamten Waldfläche, die in den vergangenen 10 000 Jahren verloren gegangen ist, in den letzten dreißig Jahren zerstört.

- Rund ein Drittel der **biologischen Vielfalt in Binnengewässern** ist bereits verschwunden, und bis 2050 ist mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.
- Die **biologische Vielfalt** insgesamt ist zwischen 1970 und 2008 weltweit um rd. 30% und in den Tropen um 60% zurückgegangen.
- Umweltbelastungen, allen voran **Wasser- und Luftverschmutzung**, sind für fast 10% aller Todesfälle in Ländern der unteren und mittleren Einkommensgruppe verantwortlich.
- Auf die Landwirtschaft entfallen 70% des weltweiten Wasserverbrauchs, schätzungsweise 60% des **Bewässerungswassers** versickern jedoch noch immer, bevor sie die Anbaukulturen überhaupt erreichen.
- Das hohe Wirtschaftswachstum, das in den letzten Jahrzehnten in Asien verzeichnet wurde, hatte zur Folge, dass Asiens Anteil an den **weltweiten CO₂-Emissionen** zwischen 1990 und 2010 von 25% auf 44% gestiegen ist.

Die globale Herausforderung ist bereits akut, und wir benötigen Lösungen, die für verschiedene wichtige Akteure akzeptabel sind. Dazu gilt es, Prioritäten und Anreize auf intelligente Weise auszutarieren. Über einen Zeitraum von einem Jahr könnten zwei Hektar Land in Ruanda beispielsweise zwei ruandische Durchschnittsfamilien ernähren – oder zur Sequestrierung der CO₂-Emissionen eines europäischen Familien-Pkw genutzt werden. Welche Anreize hat die ruandische Familie, den Wald auf ihrem Land zu erhalten, wenn sie die Wahl hat zwischen ihrem eigenen Überleben und dem Schutz der Umwelt? Der globale Umweltschutz darf nicht zu einer Bedrohung für die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung werden – wir müssen Lösungen finden, die beiden Zielen gerecht werden.

Bei solchen Lösungen geht es auch um die Frage, wie Bedarfskonflikte bei begrenzten finanziellen Mitteln gelöst werden können. In einem in seiner Art bislang einzigartigen Bericht, der Anfang dieses Jahres veröffentlicht wurde, gab der DAC bekannt, dass seine Mitglieder 2010 rd. 22 Mrd. US-\$ für Klimaschutzmaßnahmen ausgegeben hatten (obere Schätzung). Davon dürften bis zu 9 Mrd. US-\$ auf die Adaptation, d.h. die Anpassung an den Klimawandel entfallen sein (im Gegensatz zur Mitigation, der Bekämpfung des Klimawandels), was Kritiker angesichts des wachsenden Bedarfs allerdings als unzureichend betrachten. Außerdem wird der Vorwurf erhoben, die ODA-Ausgaben für den Klimaschutz führten dazu, dass nicht genügend Mittel für die Verwirklichung der Millenniumsentwicklungsziele im sozialen Bereich zur Verfügung stehen. Wenn jedoch nichts unternommen wird, um den Effekten des Klimawandels – und der Umweltzerstörung insgesamt – entgegenzuwirken, hat dies schwerwiegende Konsequenzen für Entwicklung und Sicherheit. Es bleibt uns also keine andere Wahl: Wir dürfen die ökologischen Herausforderungen nicht außer Acht lassen. Letztlich werden sie das Wachstum behindern bzw. bremsen – dies ist nur noch eine Frage der Zeit. Sollen wir also die langfristigen Konsequenzen ignorieren, um möglicherweise nur kurzfristige Gewinne zu erzielen? Die Projektionen des *Umweltausblicks* der OECD zeigen, dass es nicht nur in ökologischer Hinsicht, sondern auch wirtschaftlich rationell ist, jetzt zu handeln, um dem Klimawandel entgegenzuwirken und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Investitionen in die Reduzierung der Luftverschmutzung in aufstrebenden Volkswirtschaften könnten Nutzeffekte bringen, die bis zu zehnmal höher wären als die Kosten. Und mit Investitionen in die Wasser- und Sanitärversorgung in Entwicklungsländern könnte ein Kosten-Nutzen-Verhältnis von bis zu 1:7 erzielt werden.

Wo werden wir angesichts der in den OECD-Ländern zu erwartenden künftigen Rezessionen und Wachstumsschwächen die nötigen zusätzlichen Mittel finden, um diesen Fragen zu begegnen? 2011 belief sich die ODA der DAC-Länder auf 133 Mrd. US-\$, was in konstanten Dollar

2,7% weniger war als im Vorjahr. Die Ausgabenprojektionen deuten für die Zukunft auf eine Stagnation – wenn nicht sogar einen Rückgang – der ODA hin. Dies steht in starkem Kontrast zu anderen Projektionen, denen zufolge die ODA deutlich erhöht werden muss, damit die Zusagen erfüllt werden können, die die DAC-Mitglieder seit 2005 eingegangen sind – kaum etwas dürfte das Problem der Mittelkonflikte drastischer veranschaulichen als dies. Wo werden wir die nötigen Mittel finden, um die Herausforderungen der nachhaltigen Entwicklung, insbesondere im Zusammenhang mit dem Klimawandel, bewältigen zu können? Die ODA zu nutzen, um andere Mittel, z.B. Finanzierungen und Investitionen des privaten Sektors zu mobilisieren, ist eine wichtige Option – solange wir uns darüber im Klaren sind, dass Investitionsrisiken und -erträge für den privaten Sektor im richtigen Verhältnis zueinander stehen müssen. Zudem müssen wir innovativ darüber nachdenken, wie wir Mittel über unkonventionelle Kanäle mobilisieren können. Die Auktion von Zertifikaten für die Verringerung von Treibhausgasemissionen zur Finanzierung der Anpassung an den Klimawandel in Entwicklungsländern ist eine solche Idee.

In der Wirtschaftswissenschaft werden Effekte, die in den Marktpreisen nicht berücksichtigt werden, als „Externalitäten“ bezeichnet. Dieses Konzept wurde mir während der Kabinettsdiskussionen über den Standpunkt der Vereinigten Staaten in den Verhandlungen über das Kyoto-Protokoll vor Augen geführt, als das US-Schatzamt ein Modell vorstellte, in dem den Abschreibungsraten der US-Kraftwerke großes Gewicht eingeräumt wurde. Aus diesem Modell wurde gefolgert, dass eine Einigung auf ein strenges Emissionsziel für diesen wichtigen Sektor der US-Wirtschaft eine erhebliche Belastung darstellen würde. Als ich nachfragte, ob die Gesundheitskosten des Klimawandels in dem Modell berücksichtigt wurden, antwortete man mir, dass diese Kosten mit der konventionellen Luftverschmutzung zusammenhängen und somit als „Marktexternalität“ zu betrachten seien. Diese Gesundheitskosten sind jedoch nicht weniger reell, nur weil sie in diesem Modell nicht geschätzt oder erfasst wurden – und wären sie berücksichtigt worden, hätte das Ergebnis wohl anders ausgesehen. Den realen Kosten solcher Gesundheitsrisiken stehen direkte und indirekte wirtschaftliche Vorteile aus dem Schutz und der Verbesserung der menschlichen Gesundheit gegenüber. Zu diesen Vorteilen gehören eine produktivere Erwerbsbevölkerung und Einsparungen bei den Gesundheitsausgaben, durch die Mittel zur Finanzierung anderer Ausgaben mit höherer Rendite freigesetzt werden können.

Ein Teil unseres Problems rührt daher, dass die Kosten, die der Wirtschaft und den Menschen durch Umweltdegradation entstehen, in den meisten ökonomischen Modellen nicht berücksichtigt werden. Die ökonomische Bewertung natürlicher Ressourcen und Umweltleistungen wäre ein großer Schritt auf dem Weg zur Erfassung der tatsächlichen wirtschaftlichen Kosten und Vorteile alternativer Wachstumspfade, vor allem für Entwicklungsländer. Durch eine umfassendere weltweite Anwendung des Verursacherprinzips, das von der OECD 1972 verabschiedet wurde, könnten in allen Ländern Anreize für Verhaltensänderungen sowohl auf Ebene der Unternehmen als auch der Verbraucher geschaffen werden. Wenn CO₂-Emissionen mit einem Preis belegt werden, entstehen Anreize für die Unternehmen, ihre CO₂-Emissionen zu senken, und werden zugleich wichtige neue öffentliche Einnahmequellen erschlossen – und diese Ressourcen können den politisch Verantwortlichen wiederum die Möglichkeit geben, finanzielle Mittel zu mobilisieren und in Entwicklungsländer zu leiten, um dort Klimaschutzprojekte zu unterstützen. Eine Vielzahl von Marktmechanismen steht zur Verfügung, um dies zu erreichen, von der Abschaffung der Subventionen für fossile Brennstoffe bis hin zu CO₂-Emissionshandelssystemen. Der Technologietransfer und die Schaffung endogener Technologien könnten durch eine stärkere Nutzung von Marktmechanismen, wie z.B. des Clean Development Mechanism, ausgeweitet werden, um Anreize für CO₂-arme Projekte in Entwicklungsländern zu schaffen.

Wissenschaftliche und technologische Innovationen besitzen nach wie vor ein großes Potenzial. Es ist jedoch äußerst wichtig, dass wir einen integrierten Ansatz entwickeln, der die Wissenschaft näher an die Politiklösungen heranführt, nach denen wir suchen. Die „Erzeuger“ wissenschaftlicher Forschungsergebnisse müssen die Fragen verstehen, vor denen politisch Verantwortliche und lokale Akteure stehen, damit sie die Pertinenz und den Nutzen ihrer Forschungsarbeiten erhöhen können. Dies kann nur erreicht werden, wenn die Regierungsverantwortlichen auf nationaler Ebene der Innovation hohe Priorität einräumen und wenn Wissenschafts-, Umwelt- und Entwicklungsgemeinschaft zusammen mit den potenziellen Nutzern ihrer Arbeit in einem regelmäßigen interaktiven Dialog miteinander treten, um das gegenseitige Verständnis zu erhöhen, zusammenzuarbeiten und voneinander zu lernen.

Anstrengungen zur Förderung eines umweltverträglichen Wachstums und Umweltsarbeiten in Entwicklungsländern müssen – worauf auch einige der Autoren dieses Berichts hinweisen – unter der Verantwortung dieser Länder selbst stehen. Die Prinzipien der EZ-Wirksamkeit von Paris, Accra und Busan² gelten hier genauso wie bei allen anderen Entwicklungsanstrengungen. Dies kommt klar in den Beiträgen zum Ausdruck, die China, Kenia und Korea zu diesem Bericht beisteuerten – Länder, die den Konzepten der grünen Ökonomie und des umweltverträglichen Wachstums als Modelle für ihre langfristige Entwicklung große Bedeutung beimessen. Wir müssen in diesem Bereich Wissen schaffen, das aus den Wurzeln der Gesellschaft stammt und den Wurzeln der Gesellschaft zugute kommt. Und wir müssen dieses Wissen nutzen, um bessere Entscheidungen zu treffen, die es uns gestatten, den Weg von einem technokratischen hin zu einem demokratischen Ansatz zu beschreiten. Der entscheidende Schritt besteht darin, Hypothesen neu zu durchdenken und klarer auszuformulieren und die in Betracht gezogenen Optionen anhand der vorliegenden Evidenz neu zu gestalten. Darüber hinaus brauchen wir einen funktionsfähigen globalen Governance-Rahmen, damit die Governance auf lokaler Ebene unter optimalen Bedingungen arbeiten kann.

Wir können es uns nicht mehr leisten, hinter disziplinären oder institutionellen Mauern zu arbeiten. Entwicklung und Nachhaltigkeit sind untrennbar miteinander verbunden. Die Botschaft, die ich hier überbringen möchte, ist, dass wir damit fortfahren müssen, unsere Ideen und Erkenntnisse zusammenzufügen und die Politikoptionen zu verwirklichen, die Innovationen in unseren Denkweisen, Institutionen, Verhaltensformen und Technologien ermöglichen werden. Dies ist das fehlende Puzzleteil, nach dem wir gesucht haben – und es liegt in greifbarer Nähe, wenn wir es schaffen, offener, inklusiver und kreativer über Gemeingüter nachzudenken. Dies ist die überwältigende Botschaft der Artikel der Vordenker aus aller Welt, die zu diesem Bericht beigetragen haben.

Anmerkungen

1. Konsensbericht aus der Reihe Humphrey Institute Workshop zu „Climate Change and Sustainable Development: Paths to Progress“, Workshop 1: „The Developing World: The Global Climate and Economic Development“, 14.-15. Oktober 2005.
2. Die Erklärung von Paris über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit wurde 2005 in Paris verabschiedet. Der Aktionsplan von Accra wurde 2008 in Accra, Ghana, verabschiedet. Die Partnerschaft von Busan für wirksame Entwicklungszusammenarbeit wurde 2011 im koreanischen Busan verabschiedet.

TEIL I

Herausforderungen und Fortschritte seit dem Erdgipfel von Rio 1992



From:
Development Co-operation Report 2012
Lessons in Linking Sustainability and Development

Access the complete publication at:

<https://doi.org/10.1787/dcr-2012-en>

Please cite this chapter as:

Atwood, Brian (2013), "Einführung: Politikoptionen integrieren zur Dynamisierung von Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung", in OECD, *Development Co-operation Report 2012: Lessons in Linking Sustainability and Development*, OECD Publishing, Paris.

DOI: <https://doi.org/10.1787/dcr-2012-7-de>

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.